

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 17.03.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Herr John

Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch

Herr Steinkühler

Frau Stelbrink

Fraktionsvorsitzender

CDU

Herr Berenbrinker

Herr Graeser

Frau Kleinesdar

Frau Meier

Stellv. Bezirksbürgermeister

Fraktionsvorsitzender

SPD

Herr Gieselmann

Frau Welscher

Frau Zier

Fraktionsvorsitzender

FDP

Herr Kleinholz

Die Linke

Herr Vollmer

Nicht anwesend:

Frau Adamek-Kammerer

Herr Paus

Bündnis 90/Die Grünen

CDU

Von der Verwaltung

Herr Kricke

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Herr Tobien

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates,
Schriftführer

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister John begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Dornberg beschlussfähig sei. Er weist auf die Bestimmungen der Coronaschutzverordnung hin und gratuliert nachträglich Herrn Graeser zum Geburtstag.

Herr John teilt mit, dass Herr Tobien heute in der Sitzung Frau Krumme vertreten und – das Einverständnis der Bezirksvertretung Dornberg vorausgesetzt – die Schriftführung übernehmen werde.

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

Sodann eröffnet Herr John die 13. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Sanierung der Straßenbeleuchtung in der Altenberndstraße

Das Amt für Verkehr teilt mit:

In der Altenberndstraße sind die vorhandenen, über 40 Jahre alten Standmasten nicht mehr standsicher. Daher sollen die Masten ersetzt werden. Die Kosten für die Baumaßnahme betragen ca. 7.600,- € brutto. Für diese Maßnahme werden keine Anliegerbeiträge erhoben.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Aufstellung eines Fahrgastunterstandes an der Bushaltestelle Haferstraße

Das Amt für Verkehr teilt mit:

An der Bushaltestelle Haferstraße in Fahrtrichtung Wertherstraße ist die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes (FGU) als Ersatz für den durch Sturm beschädigten und abgebauten FGU an der Haltestelle Twellbachtal geplant. Der Aufbau mit der Erweiterung der Aufstellfläche wird voraussichtlich in den Monaten März oder April 2022 erfolgen.

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Graeser bittet Herr John das Amt für Verkehr, noch einmal deutlicher zu beschreiben, in welchem Umfang an den zwei Haltestellen künftig Fahrgastunterstände bzw. Erweiterungen vorgesehen seien.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Sanierung der Fahrbahndecke der Schröttinghauser Straße - ÖPNV Umleitungen

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Straßen.NRW teilt mit, dass die geplante Sanierung der Schröttinghauser Straße zwischen Babenhauser Straße und Beckendorfstraße voraussichtlich ab der 13. KW 2022 bis Ende Juni 2022 abschnittsweise umgesetzt wird.

Geplant ist die Umsetzung in fünf Bauabschnitten von Süden (Kreuzung Babenhauser Straße) nach Norden (Kreuzung Schröttinghausen):

- 1) ca. zwei Wochen / Meyer zu Drewer bis ca. Schwarzbach
- 2) ca. vier Wochen / Hofcafe M. zu Müdehorst bis Hageresch
- 3) ca. drei Wochen / Hageresch bis Kunterhof/ Schloßstraße
- 4) ca. 1,5 Wochen / Kunterhof/Schloßstraße bis Haselhorst
- 5) ca. 1,5 Wochen / Haselhorst bis Beckendorfstraße

Die Umleitung erfolgt über die Beckendorfstraße, die Jöllenbecker Straße sowie die Babenhauser Straße. Zu Fuß oder mit dem Rad kann die Baumaßnahme jederzeit passiert werden.

MoBiel teilt folgende Busumleitung der Linie 58 ([im Gremieninformationssystem einsehbar] mit:

Um den Fahrplaneingriff so gering wie möglich zu halten und die Überlauffahrten in Babenhausen Süd auf die Linien nach Spenge sicherzustellen, plant MoBiel die reguläre Line 58 ab Haltestelle Dornberg/Bürgerzentrum über den Fahrweg der Linie 57 nach Babenhausen zu leiten. Ab Bürgerzentrum wird ein zusätzlicher Bus die Schleifenfahrt über Deppendorfer Straße – Beckendorfstraße - Horstkoterheide – Campingstraße fahren.

Herr Gieselmann sieht keine Notwendigkeit, den Bus Linie 58 bis in die Horstkotterheide fahren und am Freibad drehen zu lassen. Diese Linienführung habe man bereits bei der Vorstellung vor mehr als einem Jahr abgelehnt und ein Wenden sei bereits an der Kreuzung möglich.

Herr John erklärt, dass dies an die Verwaltung weiter gegeben werden solle mit der Bitte um Prüfung, ob andere Optionen möglich seien.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Bänke an der Ochsenheide

Herr John teilt mit, dass er viele positive Briefe und E-Mails erhalten habe und die gemeinsam mit der Bezirksvertretung Gadderbaum aus Sondermitteln angeschafften Bänke gut angenommen würden.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Stadtbahnpotentialanalyse

Herr John berichtet aus der vergangenen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zur Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Jöllenbeck. In diesem Zusammenhang sei auch zur Linie Nr. 4 die Verbindung zwischen Lohmanshof und Splittenbreite thematisiert worden. Er habe hierzu auf den gültigen Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg hingewiesen und im Protokoll festhalten lassen.

-.-.-

Zu Punkt 2.6 Gestaltung des Kreisels Schloßhofstraße / Dürer Straße

Herr John teilt mit, dass die Laborschule nachgefragt habe, ob diese auch an der Gestaltung des Kreisels Schloßhofstraße / Dürerstraße wie bereits bei der Kreiselgestaltung Schloßhofstraße / Voltmannstraße mitwirken könne.

-.-.-

Zu Punkt 2.7

Geflüchtete Menschen aus der Ukraine in Dornberg

Herr John informiert darüber, dass Oberbürgermeister Clausen die Aufnahme-Situation in Bielefeld für aus der Ukraine geflüchtete Menschen als dramatisch bezeichnet habe. Über 2100 Menschen seien bereits aufgenommen worden und pro Tag kämen weitere hinzu. Somit seien in den vergangenen zehn Tagen bereits ein Drittel der Gesamtzahl der in 2015/2016 in Bielefeld untergebrachten geflüchteten aufgenommen worden. Aktuell gebe es keine öffentlichen Unterkunftsplätze mehr und ein Aufnahmestopp werde diskutiert. Auch in Dornberg hätten bereits Familien privat Räume zur Verfügung gestellt. Er richte daher die Bitte insbesondere an die anwesende Lokalpresse, dafür zu werben, weitere private Unterkünfte im Stadtbezirk Dornberg anzubieten. Rückmeldungen erbitte er über den Runden Tisch.

Frau Wilmsmeier, ehemaliges Mitglied der Bezirksvertretung Dornberg, habe derzeit bereits in ihrer Wohnung fünf Menschen aufgenommen. Sofern für diese freier Wohnraum gefunden werden könnte, wäre dies eine große Hilfe.

Auf Bitte von Herrn John berichtet sodann Frau Meier von zwei geflüchteten Kindern, die schnell und unbürokratisch an ihrer Schule aufgenommen worden seien und die ab nächsten Dienstag mit weiterer Unterstützung am Unterricht der dritten Klasse teilnehmen könnten.

Frau Welscher teilt mit, dass es am 18.03.2022 eine Sachspendensammelaktion der Von-Bodelschwingschen-Stiftungen in Dornberg gebe.

Frau Zier berichtet, dass auch in der Kindertagesstätte Schröttinghausen in den nächsten Tagen wieder Geflüchtete untergebracht würden.

Herr Graeser verdeutlicht die Schwierigkeiten und Belastungen, die im Zusammenhang mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen stünden und rät allen Hilswilligen dringend dazu, den offiziellen Weg einzuhalten und sich im Vorfeld über die Anforderungen beraten zu lassen.

Zu Punkt 3

Anfragen

Zu Punkt 3.1

Wagen- und Bretterbudensiedlung "Wagabanda" (Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.01.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3271/2020-2025

Text der Anfrage:

„Wie ist es um die finale Rechtssicherheit der Wagensiedlung „Wagabanda“ im Naturschutzgebiet westlich des Rottmannshofs bestellt?“

Antwort des Bauamtes:

Die am Standort aufgestellten Bauwagen und sonstigen baulichen Anlagen sind baurechtlich nicht genehmigt. Am 04.02.2022 wurde eine erneute örtliche Baukontrolle durchgeführt. Im Ergebnis hat sich seit der vergangenen Kontrolle die vorgefundene Situation nicht weiter verfestigt. Eine akute Gefahr für Leben und Gesundheit ist nicht feststellbar. In Ausübung pflichtgemäßen Ermessens wird von hier – auch im Hinblick auf die nicht bestehende Präzedenzwirkung der Vorhaben – derzeit kein Anlass gesehen, bauordnungsrechtlich einzuschreiten.

Hierdurch wird der bestehende Zustand jedoch nicht legalisiert. Die Schaffung von Rechtssicherheit erfordert die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen über ein zu führendes Bauleitplanverfahren und ein anschließendes Baugenehmigungsverfahren. Angesichts der Tatsache, dass die Anlage Wagabanda bereits seit mindestens 26 Jahren geduldet wird und bauordnungsrechtlich zurzeit nicht einzugreifen ist, wird ein Bauleitplanverfahren derzeit nicht für erforderlich gehalten. Insoweit wird auf die beigefügten Erläuterungen in vorherigen Sitzungen der BV Dornberg verwiesen.

Herr Graser erklärt, dass vor zwei Jahren im Interesse aller Beteiligten die Herstellung von Rechtssicherheit eingefordert worden sei. Die Antwort der Verwaltung aber zeige nur bekannte Tatsachen, insbesondere, dass die Siedlung nicht genehmigt sei. Auch wenn eine Duldung möglich sei, da derzeit keine Gefahren bestünden, sei trotzdem ein Bauleitplanverfahren samt anschließendem Baugenehmigungsverfahren planungsrechtliche Voraussetzung, um den Zustand zu legalisieren. Dies jedoch würde nicht genehmigungsfähig sein. Er sehe hier die Rechtsgleichheit in Gefahr, da andere Dornberger Bürgerinnen und Bürger sich bei Bauvorhaben entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen verhalten müssten, die hier offensichtlich seit Jahren nicht beachtet bzw. durchgesetzt würden. Die CDU-Fraktion spreche sich für ein Verfahren zur Legalisierung aus und lehne bis dahin eine Verantwortung ab, sollten während der Duldung des Zustandes Schäden entstehen.

Herr Gieselmann weist darauf hin, dass seit 26 Jahren die Bewohnerinnen der Wagensiedlung dort friedlich leben würden und bislang kaum jemanden aufgefallen seien. Auch die Antwort der Verwaltung weise nicht auf eine akute Gefahr hin. Wenn das Wohnprojekt schon nicht legalisiert werden könne, so sollte es doch zumindest weiterhin toleriert werden.

Herr Vollmer erklärt, dass die Fachhochschule auch im Landschaftsschutzgebiet liege. In NRW würden Wohnwagen ab einer gewissen Standzeit eine Baugenehmigung benötigen. Es gebe nicht nur das Bauleitplanverfahren, um hier zu einer Legalisierung zu kommen und er bedaure, dass die Verwaltung keine anderen Wege aufgezeigt habe.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2

**Schulentwicklung der Grundschulen im Stadtbezirk Dornberg
(Anfrage von Herrn Kleinholz [Einzelvertreter der FDP] vom
27.02.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3539/2020-2025

Text der Anfrage:

Wie viele zusätzliche Schülerinnen und Schüler an Grundschulen werden für den Stadtbezirk in den kommenden Jahren prognostiziert und wie viele zusätzliche Schulplätze entstehen voraussichtlich durch das beschlossene Bauprogramm (Bitte Angabe pro Schuljahr bis Schuljahr 2027/28)?

Zusatzfrage:

Welche Pläne bestehen zur Überbrückung von Jahren, in denen ein Mehrbedarf an Grundschulplätzen nicht durch rechtzeitig fertiggestellte Zusatzplätze aus dem Bauprogramm gedeckt werden kann?

Antwort des Amtes für Schule:

Auf Grundlage der aktuellen Einwohnerdaten erfolgt derzeit eine Fortschreibung der Prognosen der ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung. Damit ist auch ein Abgleich mit dem städt. Bauprogramm verbunden.

Ergebnisse hierzu sollen in der Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung des Schul- und Sportausschusses am 05.04.2022 vorgestellt werden.

Aktuell ist eine Beantwortung der gestellten Fragen noch nicht möglich.

Herr John bittet darum, nach dem 05.04.2022 die Anfrage erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3

Tempo 30-Zonen in Dornberger Wohngebieten
(Anfrage von Herrn Vollmer, Einzelvertreter Die Linke, vom
08.03.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3612/2020-2025

Text der Anfrage:

Gibt es im Stadtbezirk Dornberg noch Wohnbezirke, in denen noch keine Tempo 30-Zone eingerichtet ist? Wenn ja, welche sind es?

Herr John teilt mit, dass bisher noch keine Antwort der Verwaltung vorliege.

Herr Vollmer erklärt, dass zum Zeitpunkt der Anfrage die Drucksache 3386/2020-2025 (s. TOP 7) noch nicht vorgelegen habe. Mit dieser Drucksache sei seine Anfrage hinreichend beantwortet und er verzichte auf eine zusätzliche Antwort.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.4

Baugebiet Babenhauser Straße östlich des Leikamp
(Anfrage von Herrn Vollmer, Einzelvertreter Die Linke, vom
08.03.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3613/2020-2025

Text der Anfrage:

Wie ist der Bearbeitungsstand des Baugebietes und wann liegt ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vor?

Herr John berichtet, dass die Verwaltung mitgeteilt habe, dass der Bebauungsplan noch in der Bearbeitungsphase sei und eine Aussage zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses noch nicht getroffen werden könne.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Bürgerberatung Dornberg (Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3512/2020-2025

Herr Graeser begründet den Antrag und erachtet es als notwendig, gemeinsam ein Zeichen zu setzen, um die Bürgerberatung in Dornberg wieder zu öffnen und die Beratungszeiten auszuweiten.

Text des Antrags:

Wir fordern die Stadt Bielefeld und insbesondere den Oberbürgermeister auf, unverzüglich die Bürgerberatung in Dornberg wieder zu öffnen und dabei die Öffnungszeiten merklich zu erhöhen.

Herr Steinkühler stimmt Herrn Graeser zu, dass die Bürgerberatung in Dornberg auf Dauer gesichert werden müsse. Die Online-Terminvergabe funktioniere sehr gut. Ob daher die Öffnungszeiten ausgeweitet werden müssten, sollte erst entschieden werden, wenn sich nach der Wiedereröffnung dafür ein Bedarf abzeichne.

Herr Gieselmann stimmt Herrn Steinkühler zu und spricht sich ebenfalls dafür aus, die Frage der Öffnungszeiten als Prüfauftrag zu formulieren.

Herr John teilt mit, dass Oberbürgermeister Clausen erklärt habe, dass er davon ausgehe, dass die Bürgerberatungen in den Stadtteilen wieder zu den bisherigen Öffnungszeiten zurückkehren würden, sobald es die Corona-Situation zulasse. Sodann schlägt er eine neue Beschlussformulierung vor und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die BV Dornberg bittet die Verwaltung, die Bürgerberatung in Dornberg unverzüglich wieder zu öffnen und zu prüfen, ob die Öffnungszeiten merklich erweitern werden können.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2

Baugebiet Hassbachtal – Begrenzung Landschaftsschutzgebiet/Regionalplan
(Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Herrn Vollmer [Einzelvertreter Die Linke] vom 08.03.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3609/2020-2025

Herr Vollmer hebt bei der Begründung des Antrags [Text s. Beschluss] hervor, dass die sich nördlich an das Baugebiet anschließende Fläche im Regionalplan nicht als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sei. Dies müsse korrigiert werden. Auch die als Wohngebiet ausgewiesenen Flächen würden im Regionalplan zu weit nach Norden reichen. Die Stadt Bielefeld sollte daher der Bezirksregierung Detmold empfehlen, hier die Flächen der realen Situation anzupassen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet den Stadtentwicklungsausschuss, dem Rat zu empfehlen, eine Empfehlung an die Bezirksplanungsbehörde in Detmold zu schicken, um die Lücke im Landschaftsschutzgebiet im Norden der Bebauung Hasbachtal zu schließen und die Grenze des ASB und des Landschaftsschutzgebietes mit der Bebauungslinie des Bebauungsplanes zu ziehen. Der Baumbestand im Westen und Norden, der im Bebauungsplan festgelegt ist, gehört dann in Zukunft zum Landschaftsschutzgebiet. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend anzupassen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Außenbereichssatzung Twellbachtal
(Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Herrn Vollmer [Einzelvertreter Die Linke] vom 08.03.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3611/2020-2025

Herr Vollmer weist bei der Begründung des Antrages darauf hin, dass die Satzung bisher noch nicht abschließend bearbeitet sei. Hier sollte zügig für Rechtssicherheit gesorgt werden. Die Satzung könne als Mustersatzung für ähnliche Sachverhalte dienen.

Herr John erinnert an den schon Jahre zurückliegenden Ortstermin und die Notwendigkeit, dass Verfahren im Interesse aller Beteiligten zu einem Abschluss zu bringen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Außenbereichssatzung Twellbachtal zum Abschluss zu bringen und eine Endfassung den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.4

**Straßengestaltung am Spielplatz Treptower Straße
(Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
SPD und Herrn Vollmer [Einzelvertreter Die Linke] vom
08.03.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3616/2020-2025

Herr Gieselmann stellt den gemeinsamen Antrag vor.

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung einfache Maßnahmen vorzustellen, wie die Treptower Straße entlang des Spielplatzes für Kinder sicherer gestaltet werden kann.

Er weist auf den schlecht einsehbaren Kurvenbereich hin, der zu gefährlichen Situationen führe, wenn Kinder unmittelbar dahinter die Straße queren würden. Hier müssten von der Verwaltung weitere Maßnahmen zum Schutz der Kinder vorgestellt werden.

Frau Kleinesdar verweist auf die Drucksache 3386/2020-2025 (TOP 7), in der darüber informiert werde, dass in Tempo 30-Zonen keine weiteren Schutzmaßnahmen erforderlich seien. Vor dem Hintergrund wäre es zu wenig, wenn die Verwaltung sich allein auf die Geschwindigkeitsreduzierung beschränken würde. Sie gebe daher einem offen formulierten Prüfauftrag den Vorrang, um möglichst viele verschiedene Maßnahmen vorgestellt zu bekommen.

Herr John sieht eine breite Zustimmung für einen Prüfauftrag und formuliert einen Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, wie die Treptower Straße entlang des Spielplatzes für Kinder sicherer gestaltet werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Festlegung des Ausbaustandards für die verkehrliche Erschließung „Wohngebiet Hasbachtal / Hollensiek“ (B-Plan Nr. II/N 8)

Beratungsgrundlage:

Drucksachen 3048/2020-2025, 3599/2020-2025 und 3600/2020-2025

Herr Berenbrinker stellt die schriftlich vorliegenden Änderungsanträge der CDU-Fraktion vor und weist darauf hin, dass diese den Konsens der Ergebnisse der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung wiedergeben würden. Es verwundere ihn, dass das Amt für Verkehr noch vor einem Satzungsbeschluss die Ausbauplanung vorgelegt habe. Zu der im Antrag geforderten besonderen Berücksichtigung der Anforderungen der Landwirtschaft weist er ergänzend auf die Fragen und Anregungen eines Anwohners in der Bürgerfragestunde der Sitzung vom 17.2.2022 hin.

Text des Antrags Drucksache 3599/2020-2025:

In der Straße Hasbachtal ist der Fahrweg für den Individualverkehr als Asphaltstraße zu planen und auszuführen. Die vorgesehenen Plateauaufpflasterungen zur Verkehrsberuhigung sind davon ausgenommen.

Diese Aufpflasterungen sind hinsichtlich der Dimensionierung zu überprüfen. Dabei sind die besonderen Anforderungen der Landwirtschaft zu berücksichtigen.

Text des Antrags: Drucksache 3600/2020-2025:

In der Straße Hasbachtal, im Bereich der Mischverkehrsfläche, ist die Trennung zwischen Fahrweg und Gehweg als Hochbord zu planen und auszuführen.

Herr Steinkühler bezeichnet eine Aufpflasterung als sinnvoll und geht davon aus, dass diese von landwirtschaftliche Maschinen ohne Probleme passiert werden könne. Die normale Straßenbreite betrage drei Meter und somit müssten alle vom Landwirt angeführten Maschinen Sondergenehmigungen haben, sofern die geplante Breite von 3,50 Metern nicht als ausreichend angesehen werde. Im Gegensatz zu Herrn Berenbrinker begrüße er, dass bereits eine Ausbauplanung vor dem Satzungsbeschluss vorgelegt worden sei.

Herr Vollmer gibt zu bedenken, dass hier mit Blick auf landwirtschaftliche Fahrzeuge von einer erhöhten Nutzlast auszugehen sei und darum die Tragfähigkeit der Straße dem entsprechen müsste. Bei einer Ausführung als Hochbord müsste dann auch der Gehweg im Bereich der Aufpflasterung weiter erhöht werden. Er spreche sich darum dafür aus, auch eine klare optische Trennung in Betracht zu ziehen. Aktuell sei die Straße zwischen 2,8 m und 3,0 m breit. Die Diskussion über eine darüber hinaus erforderliche Breite für die Maschinen des Landwirts könne er nicht nachvollziehen.

Herr John sieht eine breite Zustimmung zu den Änderungsvorschlägen und schlägt vor, diese ohne gesonderte Abstimmung in den so zu ändernden Beschlussvorschlag zu übernehmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt vorbehaltlich des Satzungsbeschlusses:

- a) Der Anlage der neuen Erschließungsstraßen innerhalb des Plangebietes entsprechend den beigefügten Querschnitten (Anlage 2a bis 2c) wird zugestimmt. Für den Individualverkehr ist der Fahrweg als Asphaltstraße zu planen und auszuführen. Die Plateauaufpflasterungen zur Verkehrsberuhigung sind davon ausgenommen und hinsichtlich der Dimensionierung, insbesondere mit Blick auf die Anforderungen der Landwirtschaft, zu überprüfen. Im Bereich der Mischverkehrsfläche ist die Trennung zwischen Fahrweg und Gehweg als Hochbord oder in Form einer deutlichen optischen Trennung zu planen und auszuführen.
- b) Der Errichtung der Straßenbeleuchtung in den Erschließungsstraßen im Zuge des Straßenbaus in Form von LED-Leuchten auf einem 4 bis 5 m Mast wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Umbenennung der Haltestellen Pottkamp und Union

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3325/2020-2025

Herr Gieselmann fasst die Ergebnisse aus der Besprechung der Arbeitsgruppe zusammen und stellt die Vorschläge für neue Bezeichnungen einiger Haltestellen in Dornberg vor [s. Beschluss]. Die Haltestelle „Voß“ solle nicht umbenannt werden.

Herr John stellt die Vorschläge zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Haltestellen der Linie 57 von „Pottkamp“ in „Thomashof“, von „Niemeier“ in „Neues Feld“ und von „Union“ in „Kleinbahnhof Dornberg“ umzubenennen.

Für die Linie 58 wird empfohlen, die Haltestellen von „Schlingkrug“ in „Dorfschule“, von „Kralemann“ in „Schröttinghausen“ und „Pottkamp“ in „Feuerwehr Babenhausen“ umzubenennen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Darstellung Rechtsgrundlagen Geschwindigkeitsbeschränkungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3386/2020-2025

Herr Vollmer erklärt, dass das Amt für Verkehr in der Vorlage bei der Bewertung einer Gefahrenlage auf die Zahlen der Unfallstatistik abstelle. Für ihn aber sei das reale Sicherheitsbedenken dafür maßgeblich, wo Geschwindigkeitsbeschränkungen anzuordnen seien.

Herr Steinkühler begrüßt die Vorlage und bezeichnet sie als eine unterstützende Grundlage für zukünftige Anträge auf Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Neuaufgabe Schulwegpläne für die Schuljahr 2022/23 und 2023/24 **- Mündlicher Bericht**

Frau Welscher erklärt, dass die Kinder aus den Siedlungen rund um die Schwedenschanze größtenteils den Schulweg über die Katzenstraße und durch die Felder an der Straße Oberfeld gehen würden. Die SPD-Fraktion schlage vor, diesen Weg zusätzlich aufzunehmen und gegebenenfalls die Wegefläche dort auszubessern.

Herr John bittet diesen Vorschlag zu prüfen und der BV Dornberg eine Rückmeldung zu geben.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Berichte aus Arbeitsgruppen

Herr John erklärt, dass die Protokolle aus den Arbeitsgruppen vorlägen und die Punkte im Rahmen der heutigen Tagesordnung besprochen seien.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 Bezirkliche Sondermittel

Herr John erklärt, dass es einen Vorschlag für eine Bank am Klosterbach gebe und dieser in die Liste möglicher Projekte aufgenommen werde.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 11.1 City-Entwicklung, hier: Zuwendungsantrag "Zukunftsfähige
Innenstädte und Zentren" des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat, Drucks.-Nr. 3306/2020-2025 (Frage der BV
Dornberg am 17.02.2022)**

Zur Frage der Bezirksvertretung zur Drucks.-Nr. 3306/2020-2025

*Inwieweit werden auch finanzielle Mittel für die Entwicklung eines
Nebenzentrums in Babenhausen zu Verfügung gestellt?*

teilt das Bauamt mit:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ wurde unter anderem die Einzelmaßnahme *Stadtteilzentren als lernende Räume* beantragt. Im Vordergrund der Maßnahme steht die vertiefte Betrachtung sowie Stabilisierung vorhandener Zentren. Das Förderprogramm sieht keine baulich-investiven Maßnahmen für die Entwicklung neuer Zentren vor. Im Rahmen der geplanten Transferwerkstätten für die Stadtteilzentren kann ggfs. auch das Erfordernis eines weiteren Nebenzentrums in Babenhausen sowie dessen Funktionen und Verortung thematisiert werden.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11.2 Bebauungsplan Hasbachtal/Hollensiek - Antwort der Verwaltung - (Nachfrage der BV Dornberg am 17.02.2022)

Das Bauamt teilt mit:

Zur Drucksache 3270/2020-2025 wurde um Beantwortung der folgenden Nachfrage gebeten:

Wurde das Rechtsamt einbezogen, so dass die Antwort des Bauamtes rechtssicher ist?

Das Rechtsamt wurde zum Bebauungsplan Hasbachtal nicht einbezogen, da die Zuständigkeit hierfür im Bauamt liegt und die Mitarbeitenden des Bauamtes aufgrund ihrer Qualifikation fachlich in der Lage sind, die Stellungnahme des BUND zu bewerten.

Anlassbezogen findet aber zu baurechtlichen Fragen ein Austausch mit dem Rechtsamt statt.

Die abschließende Entscheidung über das Abwägungsergebnis und den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan bleibt dem Rat der Stadt Bielefeld vorbehalten.

Herr Berenbrinker bittet zu klären, wie die Formulierung „Entscheidung über das Abwägungsergebnis“ einzuordnen sei. Es sei nicht eindeutig, ob nun das Bauamt, das Rechtsamt oder der Rat hier eine Abwägungsentscheidung zu treffen hätten.

Herr John erklärt, dass dies an die Fachverwaltung weitergegeben werde. Er gehe davon aus, dass spätestens mit der Vorlage zum Satzungsbeschluss eine abgestimmte Verwaltungsmeinung vorgelegt werde.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11.3 Verkehrsführung Radfahrer Kreisel Zehlendorferdamm - Wertherstrasse

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Aufgrund der Bürgeranfrage wurde die Beschilderung am Kreisverkehr Wertherstraße / Zehlendorfer Damm überprüft.

Der Wegweiser gehört zur Beschilderung des Radnetzes NRW und ist wie zu Recht beanstandet an dieser Stelle nicht korrekt. Der Wegweiser wird daher ausgetauscht.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

Nichtöffentliche Sitzung:

...

John
Bezirksbürgermeister

Tobien
Schriftführer